

NRW 2019 die KJ fragt nach!

Welche Maßnahmen planen Sie insbesondere für Menschen unter 30?

Sebastian Kurz (ÖVP)

Ich glaube das wichtigste, das wir für die Jugend tun können, ist keine neuen Schulden zu Lasten von ihnen zu machen. Das haben wir im vergangenen Jahr erstmals geschafft.

Beate Meinel-Reisinger (NEOS)

Für die jungen Menschen setzen wir uns besonders ein: Politik muss immer auch die kommenden Generationen im Blick haben - nicht nur in der Umweltpolitik, sondern auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Ausgaben von heute dürfen nicht der Schuldenrucksack von morgen sein, wir müssen heute Rahmenbedingungen setzen, damit innovative Ideen in Österreich umgesetzt werden können - und so die Arbeitsplätze von morgen gesichert sind. Wir wollen, dass sich auch die heute jungen Menschen darauf verlassen können, im Alter mit einer Pension abgesichert zu sein. Und natürlich wollen wir eine Klima- und Umweltpolitik, die sicherstellt, dass wir dem Klimawandel entschieden entgentreten.

Pamela Rendi-Wagner (SPÖ)

Für uns ist wichtig, dass alle Kinder und Jugendlichen mit einer guten Bildung, Lehre oder Ausbildung ins Berufsleben starten können. Und dass es dabei keine Rolle spielt, wie viel Geld die Eltern haben. Wir fordern daher einen Chancenindex, durch den finanzielle Ressourcen genau an jenen Schulen eingesetzt werden, an denen sie am meisten gebraucht werden, die besondere Herausforderungen haben. Außerdem wollen wir zusätzlich 5.000 LehrerInnen und mehr Unterstützungspersonal (PsychologInnen, SozialarbeiterInnen) an Österreichs Schulen anstellen.

Wir fordern eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr und eine bessere Qualität der Lehrlingsausbildung. Dazu zählt eine bessere Ausstattung der Berufsschulen (Kosten sind vom Bund zu tragen) und eine faire Bezahlung (mind. 700€ ab dem 2. Lehrjahr). Die Meisterprüfung muss wie die Matura gratis sein.

Um Studentinnen und Studenten zu entlasten, treten wir u.a. für ein österreichweites Studierendenticket und die Anhebung der Altersgrenze für die Familienbeihilfe ein.

Werner Kogler (Grüne)

Partizipation von Kindern und Jugendlichen kann vielfältige Formen haben. Allen gemeinsam sollte sein, dass Partizipation nicht das bloße Anhören von Kindern und Jugendlichen ist, sondern das Einbinden in Entscheidungsprozesse. Drei konkrete Maßnahmen in diesem Sinne sind: 1. Wir unterstützen die Forderung nach einem verpflichtenden Unterrichtsfach politischer Bildung in Schulen. Wir Grüne meinen aber, dass politische Bildung in allen Schulfächern ausgebildet und gestärkt werden muss. Ein eigenes Schulfach allein ist jedenfalls nicht genug. 2. Ein verpflichtendes „Jugendbudget“ in den Gemeinden (in Wien: in den Bezirken): Ein definierter Prozentsatz der Budgetmittel wird durch ein Kinder- und Jugendkomitee für selbst erarbeitete Projekte eingesetzt. Dabei soll eine Gemeinde (bzw. Bezirks-) übergreifende Zusammenarbeit für größere Projekte möglich sein. 3. Kinder- und Jugendmonitoringausschuss im Nationalrat und in den Landtagen, der in die Gesetzesbegutachtung einbezogen wird. Die Zusammensetzung entspricht der Zusammensetzung der „BürgerInnen-Räte“ in BürgerInnenbeteiligungsprozessen.

Norbert Hofer (FPÖ)

Die wichtigste soziale Grundlage der Gesellschaft ist die Familie. Sie wird durch die gegenseitige Verantwortung der Generationen und der Partner zueinander geprägt. Durch das Kind wird eine Lebensgemeinschaft von Mann und Frau zur Familie, deren Wesensfunktion in der Erziehung der Kinder und der generationsübergreifenden Fürsorge besteht. Die Politik muss für junge Menschen, besonders in der Phase der Gründung einer Familie die bestmöglichen Bedingungen schaffen.

Peter Pilz (Jetzt)

Kinderarmut beenden: sofortige Einführung der Unterhaltsicherung und einer Grundsicherung für Kinder bis zum 18. Lebensjahr mit bis zu 425 Euro pro Monat nach dem Modell der Volkshilfe. Es kann nicht sein, dass in einem der reichsten Länder der Welt, Kinder in Armut leben müssen. Bildung für alle: Flächendeckende Einführung der Ganztagschule mit individueller Förderung, Einführung der gemeinsamen Schule der 5 bis 15 Jährigen. Wohnen für alle: Für junge Menschen ist es besonders schwierig leistbaren Wohnraum zu finden. Wir fordern die Zweckbindung der Wohnbauförderung für sozialen Wohnbau und die Übernahme von Maklergebühren durch den Auftraggeber. Bleiberecht für gut integrierte Lehrlinge.